Beschluss der 63. Landesmitgliederversammlung der
GRÜNEN JUGEND Brandenburg am 22.03.2025, Wittenberge

L1 – Unser 5 Punkte Plan für Brandenburg

In Brandenburg regieren jetzt SPD und BSW in einer Koalition, die sich nicht mit progressiver Politik schmücken wird und im Bund wird mit Friedrich Merz ein Mann Kanzler, dessen Positionen so rückwärtsgewandt wie reaktionär sind. Alles in allem ist nicht zu erwarten, dass in den nächsten 4 Jahren ohne externen Druck eine progressive Politik gemacht wird. 2024 haben wir mit Wahlkampf verbracht und mussten dabei zusehen, wie die politische Debatte immer weiter nach rechts gerückt ist. Jetzt wollen wir wieder dafür kämpfen, dass junge und linke Perspektiven lauter denn je gehört werden!

Don't fuck with our Lebensgrundlagen

Hitzewellen, Jahrtausendüberflutungen, Dürren: Die planetare Krise eskaliert immer weiter, und sie hinterlässt eine Schneise der Zerstörung. Ernteausfälle, zerstörte Infrastruktur und Hitzetote sind nur ein Bruchteil des Preises, den die Menschheit dafür zahlen muss, dass wir unseren Planeten immer weiter in die Zerstörung wirtschaften.

Ob Klimakrise oder Biodiversitätskrise: die für uns lebenserhaltenden Systeme auf der Erde stehen auf der Kippe. 2024 war - mal wieder - das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und das erste Jahr über 1,5 °C. Das Klimaziel von Paris scheint immer unerreichbarer zu sein und wir steuern auf eine Welt zu, die für Milliarden Menschen unbewohnbar sein wird. Trotzdem dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Jedes Zehntel Grad Erhitzung, das wir verhindern können, rettet Millionen Leben und verbessert das Leben für Milliarden.

Wir fordern daher für den Klimaschutz:

- Brandenburg muss bis spätestens 2045 klimaneutral sein.
- Brandenburg braucht ein rechtlich bindendes Klimaschutzgesetz: Wenn die Regierung sich nicht an ihre selbst gesetzten Klimaziele hält, müssen wir sie einklagen können.
- Der Kohleausstieg 2030 muss auch in der Lausitz kommen!

- Brandenburgs Energieversorgung muss bis 2035 zu 100% erneuerbar sein

Bildung

Das Brandenburger Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen. Aktuell fehlt es an über 300 Vollzeitlehrkräften in Brandenburg. Auch die Förderung von multiprofessionellen Teams inklusive Schulsozialarbeit muss in den nächsten Jahren konsequent angegangen werden.

Im Brandenburger Wissenschaftsbetrieb wiederum gehört prekäre Beschäftigung zum Alltag. Es gibt kaum entfristete Planstellen, dafür Kettenbefristungen, die zum Teil an Drittmittelprojekten hängen. Die gewerkschaftliche Basisbewegung "TV Stud" setzt sich seit Jahren für einen Tarifvertrag, höhere Löhne und mehr Mitbestimmung von studentisch Beschäftigten ein. In diesem Jahr stehen wieder Tarifverhandlungen an und das heißt für uns ganz klar: Es braucht endlich einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte! Wir stehen an der Seite von TV Stud und werden Proteste, Streiks und Verhandlungen unterstützen!

Wir fordern:

- Die Besetzung aller offenen Vollzeitstellen an den Brandenburger Schulen
- Mehr Maßnahmen, um Abwanderung von und Burnout bei Lehrkräften zu verhindern
- Multiprofessionelle Teams an jeder Schule Brandenburgs
- Sanierte Schulgebäude und Hardware auf dem neuesten Stand
- Ein Tarifvertrag für alle studentisch Beschäftigten in der Wissenschaft

Mobilität

Die Umstellung unserer Mobilität ist nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. Denn nicht jede*r kann sich einen Führerschein oder gar ein eigenes Auto leisten. Viele sind daher auf einen gut ausgebauten und bezahlbaren ÖPNV angewiesen. Gerade deshalb muss das Deutschlandticket erhalten bleiben und wieder 9 € kosten. Mittelfristig muss der ÖPNV jedoch kostenlos werden.

Bei der sozial gerechten Mobilitätswende müssen auch die Beschäftigten im ÖPNV mitgedacht werden. In Zeiten, wo beim ÖPNV gespart wird, sagen wir ganz deutlich: Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und kämpfen für auskömmliche Jobs mit fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen in allen Verkehrsbetrieben!

Unsere Forderungen für eine sozial gerechte Mobilitätswende:

- BSW und SPD müssen das Mobilitätsgesetz vollumfänglich umsetzen!
- Die Löhne der Beschäftigten in den Verkehrsbetrieben müssen erhöht und ihre Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden!

- Das Deutschlandticket muss erhalten bleiben und wieder 9 Euro kosten!

Migration - Integration statt Abschiebefetisch!

Über die letzten Jahre ist die Migration künstlich zu einem der zentralen Themen der Politik geworden. Sie nimmt sowohl in der gesellschaftlichen Stimmung als auch in Politik und Medien seit langer Zeit wieder einen hohen Stellenwert ein, und das obwohl die Zahl der Asylbewerber*innen rückläufig ist. Rechtsextreme instrumentalisieren die Ängste und Nöte von Menschen, um gegen geflüchtete Personen zu hetzen, statt Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation aller zu machen. Sie machen dabei die Schwächsten in der Gesellschaft zu Sündenböcken.

Für uns ist dabei klar: Es braucht Integration statt Abschiebefetisch! Auch in Brandenburg ist die Situation angespannt. Nach den Ergebnissen der Landtagswahl sind die Stimmen für eine humane Asylpolitik leiser geworden. Als Jugendverband, der für humanitäre Werte einsteht, betrachten wir es als unsere Aufgabe, den allgemeinen Diskurs wieder nach links zu verschieben, denn was zählt ist Solidarität statt Menschenhass.

Deshalb fordern wir:

- Keine Abschiebezentren in Brandenburg!
- Die Planung des Abschiebezentrums am BER muss umgehend eingestellt werden!
- Es braucht offene Grenzen und Grenzübergänge ohne Kontrollen!

Jugendkultur

Selbstbestimmte Jugendräume bilden einen wichtigen Baustein zu mehr Teilhabe und selbstbestimmter Partizipation junger Menschen. Leider sind diese, besonders im ländlichen Raum, kaum vorhanden. Der AfD sind diese wenigen Jugendräume ein Dorn im Auge, so möchte sie die Finanzierung für das “Haus der Offiziere” in Brandenburg an der Havel streichen.

Als Grüne Jugend Brandenburg sind wir der festen Überzeugung, dass selbstbestimmte Jugendräume ein essenzieller Bestandteil demokratischer Jugendkultur in Brandenburg sind! Kulturelle Angebote muss sich jede*r Jugendliche leisten können, wir begrüßen deshalb Initiativen wie 2023 die Jugendkulturkarte des Berliner Senats sowie den Kulturpass für 18-Jährige auf Bundesebene.

Wir fordern deshalb für Brandenburg:

- Eine Brandenburger Jugendkulturkarte nach Berliner Vorbild
- Selbstbestimmte Räume für Jugendliche mit gesicherter Finanzierung

Ausblick

Politischer Wandel kommt nicht von allein. Sei es eine Petition zum Erhalt des örtlichen Jugendzentrums oder ein Bürgerbegehren zum Ausbau des ÖPNV: Es gibt viele Wege, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Während der Landesvorstand weiter Impulse geben wird, möchten wir insbesondere Mitglieder und Kreisverbände in die Lage versetzen, selbst Initiative zu ergreifen. Unser Ziel ist, mit einer KV-Strategie für starke Kreisverbände zu sorgen, die selbstständig Projekte in Angriff nehmen können. Als Raum für themenspezifischen, überregionalen Austausch sollen die Fachforen wieder reaktiviert werden. Sie sollen wieder aktiv zur Meinungsbildung und politischen Arbeit der GJ Brandenburg beitragen.

Glossar

Cyberstalking: Cyberstalking ist eine Form von Stalking, die sich auf den digitalen Raum konzentriert, dabei werden die Opfer im Internet belauert, ausspioniert und belästigt

Femizid: Femizide sind versuchte oder tatsächlich durchgeführte Morde von Frauen, weil sie Frauen sind

Legislaturperiode: Zeitraum zwischen Wahlen (z.B. zwischen einer Landtagswahl und der nächsten)

Pariser Klimaziel: Das Pariser Klimaziel bezeichnet die Übereinkunft zwischen allen Ländern der Welt, die Erderhitzung auf möglichst 1,5 °C zu begrenzen

Hardware: englisch, im Unterschied zur Software die physischen Teile von datenverarbeitenden Systemen (z. B. Computer, WLAN-Router etc.)

ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr, z. B. Bus und Bahn

Progressiv: Ein progressiver Politikstil basiert auf dem Grundgedanken des gesellschaftlichen Fortschritts und will die Gesellschaft entlang bestimmter Werte wandeln

Reaktionär: Ein reaktionärer Politikstil stellt sich gesellschaftlichem Wandel entgegen und versucht, zu einem früheren, als besser angesehenen, Gesellschaftszustand zurückzukehren

TV Stud: Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an Universitäten

Vergesellschaftung: Vergesellschaftung bedeutet die Überführung von einem privaten Unternehmen in die öffentliche Hand